



152.13.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Susanne Schmid und Daniel Kehl: „Setzt der Stadtrat die Initiative zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus um?“; Beantwortung

Am 21. September 2014 reichten Susanne Schmid und Daniel Kehl die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Setzt der Stadtrat die Initiative zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus um?" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1. Die Bürgerschaft der Stadt St.Gallen hat am 24. November 2013 dem Gegenvorschlag zum Initiativbegehren „Zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues“ zugestimmt. Das Initiativbegehren wie auch der Gegenvorschlag waren als ausgearbeiteter Entwurf, das heisst als definitiver Reglementstext, formuliert. Deshalb ist das Reglement in der Fassung des Gegenvorschlages nach der Volksabstimmung ohne Weiteres rechtsgültig und auf den 1. Januar 2014 mit der Aufnahme in die Rechtssammlung der Stadt in Kraft gesetzt worden.
2. Gemäss Art. 4 des Reglementes erlässt der Stadtrat Ausführungsbestimmungen, soweit solche Bestimmungen notwendig sind. Angesichts der bestehenden Praxis für Baurechtsabgaben, für die Wohnungsverbilligungen (z.B. im Rahmen des 12-Millionen-Kredites) und auch für die städtische Beteiligung an Wohnbauträgern hat es sich bisher nicht als notwendig gezeigt, zusätzliche Detailbestimmungen zu erlassen.
3. Das Reglement sieht gemäss Art. 2 vor, dass die Stadt zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues Land im Baurecht zu vergünstigten Bedingungen abgeben, Darlehen zur gezielten Verbilligung von Wohnungen gewähren, Projekte von gemeinnützigen Wohnbauträgern mitfinanzieren, Anteilkapital von Wohngenossenschaften und Stiftungen übernehmen und Starthilfebeiträge für neue Wohnbauträger gewähren kann. Der Stadtrat hat schon im Vorfeld der Diskussionen und der Abstimmung darauf hingewie-



sen, dass all diese Massnahmen bereits jetzt möglich sind und teilweise schon länger umgesetzt werden. Mit dem neuen Reglement wird die politische Bedeutung dieser Instrumente gestärkt, es werden aber keine neuen Instrumente eingeführt.

4. Die zuständige Stelle innerhalb der Stadtverwaltung für diese Massnahmen ist die Direktion Bau und Planung und dort vor allem das Liegenschaftsamt. Die entsprechenden leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in ständigem Kontakt mit den Trägern des sozialen Wohnungsbaues. Sie haben darüber hinaus Einsitz in den Gremien verschiedener Stiftungen und Genossenschaften des sozialen Wohnungsbaues. Ebenso ist die Stadt in der Dachorganisation der Wohnbaugenossenschaften vertreten. Es ist sichergestellt, dass bestehende wie auch neu gegründete soziale Wohnbauträger über die bestehenden Instrumente und Möglichkeiten informiert werden.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber – Stv.:

Staub

Beilage:

Einfache Anfrage vom 21. September 2014

